

Pädagogisches Konzept soll erstellt werden

Klares Ja für eine Grundschule

Von Martin Schildwächter

ALTENBERGE. Die CDU-Mehrheitsfraktion hatte bereits vorgelegt – und am Montagabend zogen in der Sitzung des Schul-, Sozial-, Sport- und Kulturausschusses alle anderen Parteien nach: Künftig wird es nur noch eine Grundschule in Altenberge geben. Die Johannes- und die Borndalschule werden zu einer neuen Grundschule zusammengefügt. SPD, Grüne und UWG stimmten ebenso wie die CDU für eine gemeinsame Schule. Die Christdemokraten hatten schon in der vergangenen Woche ausführ-

»Dieser Prozess dauert mindestens zwei Jahre.«

Hauke Rosenow,
Leiter der Johannes-Grundschule



lich die Gründe für ihre Entscheidung genannt (wir berichteten).

Doch bevor überhaupt die erforderlichen Baumaßnahmen in Gang gesetzt werden, könnten noch einige Jahre vergehen. Denn: Zunächst soll ein pädagogisches Konzept entwickelt werden, wie sich die neue Grundschule künftig ausrichtet. „Dieser Prozess dauert mindestens zwei Jahre“, meinte Hauke Rosenow, Leiter der Johannes-Grundschule. Eine Steuerungsgruppe müsse gebildet werden, die ein neues Schulprogramm entwickeln solle. Dazu müssten sowohl Lehrer als auch weitere Schullehrer mit einbezogen werden. Erst wenn ein pädagogisches Konzept vorliege, sei es sinnvoll, über bauliche Fragen zu beraten.

Bevor die Johannes-Grundschule schließt, wird noch einige Zeit vergehen. Zunächst soll ein pädagogisches Konzept für eine neue Grundschule erarbeitet werden. Foto: mas

Sowohl Hauke Rosenow als auch Dörthe Plettendorf, Rektorin der Borndalschule, sind keine Freunde einer gemeinsamen neuen Schule. „Das ist eine sehr große Herausforderung“, so der Kommentar von Plettendorf.

Dass die Entscheidung für eine Grundschule einstimmig ausfiel, überraschte durchaus. Denn: Insbesondere die Grünen waren mit dem Beratungsprozess durch das von der Gemeinde beauftragte Büro biregio aus Bonn „überhaupt nicht zufrieden“, wie Ursula Kießling (Grüne) sagte. Die Chance, „Schule neu zu denken“, sei vertan worden, meinte sie. Grünen-Kollege Dr. Thomas Weide ergänzte: „Wir haben

uns mit der Entscheidung sehr schwer getan.“ Dabei erinnerte er unter anderem an die Position der Schulleitungen, die sich gegen eine Zusammenlegung ausgesprochen hätten. Deshalb die Forderung der Grünen: „Die Räumlichkeiten müssen für das Konzept geschaffen werden.“ Des Weiteren kritisierten die Grünen, dass die „Möglichkeit eines Neubaus oder Teilabrisses bei den Planungen nicht einzogen wurden“.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrike Reifig sah einige Vorteile, die für die Bildung einer Schule sprächen. Das schwankende Anmeldeverhalten, die Umsetzung des Themas Inklusion und

die künftige Gestaltung der OGS. Allerdings sei die Umsetzung ihrer Vorstellungen in den von biregio präsentierten Varianten „nicht möglich“, betonte Reifig. Dazu gehöre auch die Frage, wie die Räume künftig außerschulisch genutzt werden könnten.

„Natürlich müssen wir noch über die Konzepte reden“, sagte Frank Neumann (CDU). Doch zunächst müsse die Grundsatzentscheidung fallen. Schließlich solle „irgendwann auch mal gebaut werden“. Diese Meinung vertrat auch Helma Reer (UWG). Ihre Fraktion sprach sich ebenso für eine Schule aus. Wie die künftige Gestaltung aussehe, das

müsse nun beraten werden. Für Bürgermeister Jochen Paus handele es sich nur um „Systemskizzen“, die biregio erstellt habe. Zu allererst müsse das neue pädagogische Konzept entwickelt werden. „Und dazu ist professionelle Hilfe erforderlich“, sagte Paus. Wie es dann in der Praxis umgesetzt werde, „ist noch völlig offen“, so Paus. „Der bauliche Aspekt steht nicht an erster Stelle.“

In der Ratssitzung am 9. Juli soll der Weg zur neuen Grundschullandschaft endgültig besiegelt werden. Bis dahin soll auch ein Fahrplan zur Bildung einer Steuerungsgruppe vorgelegt werden, die ein pädagogisches Konzept entwerfen soll.

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

Quelle

Verlag : Westfälische Nachrichten
 Publikation : Steinfurt
 Ausgabe : Nr.141
 Datum : Donnerstag, den 21. Juni 2018
 Seite : Nr.21